



Pressekonferenz | Montag, 18. Mai 2015

Hinschauen – Sensibilisieren – Handeln

Erste Ergebnisse aus den Plattformen Prävention/Deradikalisierung und Sicherheit

mit

Landesrat Erich Schwärzler

(Referent für Sicherheit und Integration der Vorarlberger Landesregierung;
Leitung der Plattform Sicherheit)

Landesrätin Katharina Wiesflecker

(Sozialreferentin der Vorarlberger Landesregierung;
Leitung der Plattform Prävention/Deradikalisierung)

Hinschauen – Sensibilisieren – Handeln

Erste Ergebnisse aus den Plattformen Prävention/Deradikalisierung und Sicherheit

Vor dem Hintergrund der Terroranschläge in Paris hat die Landesregierung die Einrichtung einer "Plattform Sicherheit" und einer "Plattform Prävention/Deradikalisierung" beschlossen, um die Bedeutung und mögliche Auswirkungen dieser Ereignisse für Vorarlberg zu untersuchen und konkrete Maßnahmen auszuarbeiten. Durch die beiden Plattformen hat die Zusammenarbeit zwischen Sicherheitseinrichtungen und Behörden sowie Akteuren aus dem Jugend-, Sozial- und Integrationsbereich enorm gewonnen, halten Landesrat Erich Schwärzler und Landesrätin Katharina Wiesflecker in einer ersten Zwischenbilanz fest.

Für beide Regierungsmitglieder ist klar, dass im Umgang mit dem Thema Radikalisierung und Gewaltbereitschaft sowohl konsequentes Handeln der Exekutive als auch verstärkte Prävention und Sensibilisierung in allen Teilen der Zivilgesellschaft erforderlich sind. Dementsprechend brauche es eine enge Vernetzung aller zuständigen und betroffenen Stellen. Die Zusammenarbeit zwischen Exekutive, Sozialeinrichtungen, Jugendarbeit und Integrationsakteuren soll daher weiter intensiviert werden, gemeinsame Plattformsitzungen aller Beteiligten sind weiterhin mindestens zweimal jährlich vorgesehen.

Wesentlich für die weitere Entwicklung ist für Landesrat Schwärzler und Landesrätin Wiesflecker die Umsetzung des Vorarlberger Integrationsleitbildes "Gemeinsam Zukunft gestalten". So müsse vor allem die bildungspolitische Integrationsarbeit und die wertvolle Integrationsarbeit der vielen Sportvereine im Lande hervorgehoben werden. Von elementarer Bedeutung ist auch die Frage der Beschäftigung. Fachleute bestätigen immer wieder, dass ein aufrechtes Beschäftigungsverhältnis maßgeblich für das Selbstbewusstsein ist und für das Gelingen der Integration ist. Hier werde es daher weitere Anstrengungen gemeinsam mit der Wirtschaft geben, so Schwärzler und Wiesflecker.

Keine Toleranz von Gewalt

Sicherheit ist ein hohes Gut und deshalb dürfen Aggression und Gewalt nicht toleriert werden und haben in unserem Land keinen Platz.

Nach umfangreichen Beratungen wurden in der Plattform Sicherheit folgende Schwerpunkte vereinbart:

- Eine umfassende kriminalpolizeiliche Aufarbeitung der Fälle und ein konsequenter Vollzug der Strafen ist notwendig. Hinweise aus der Bevölkerung sind wichtig und werden von den Sicherheitsbehörden und der Polizei konsequent aufgearbeitet.
- Eine verstärkte Polizeipräsenz und der Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Jugendarbeit, Prävention und Sicherheit werden umgesetzt.

- Schwerpunktsetzung in der Zusammenarbeit bei der Umsetzung des Jugendschutzgesetzes.
- Zweimal im Jahr Informationsaustausch über die Gefährdungsdimensionen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz.
- Die zunehmende Zahl an Menschen mit unterschiedlichen Nationalitäten in Vorarlberg erfordert eine verbesserte Betreuung und einen speziellen Fokus auf die Sicherheit im gemeinsamen Zusammenleben. Neue Entwicklungen brauchen neue Strategien und Antworten. Auch bei gesellschaftlichen Veränderungen muss klar sein, dass sich die Menschen an die Gesetze zu halten haben und ansonsten mit entsprechenden Strafen rechnen müssen.

Bei der Landespolizeidirektion Vorarlberg wurde intern ein Gremium eingerichtet, das sich u.a. mit der Frage der Radikalisierung beschäftigt. Das Landesamt Verfassungsschutz bietet Schulungen und Informationsveranstaltungen für Polizeibeamte an und führt Vernetzungsgespräche mit Behörden und Institutionen zu polizeilich relevanten Fragestellungen. Die Bewusstseinsbildung bei der Polizei hinsichtlich der Akzeptanz und dem Respekt vor religiöser und kultureller Vielfalt sowie dem Erkennen und Weitervermitteln von Problemfällen fördert einen umfassenden Zugang zum Thema und soll laut Landesrat Schwärzler helfen, aus polizeilicher Sicht noch zielgerichteter agieren zu können.

Internationale Kontakte zu Polizeibehörden werden über das Bundesamt Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung wahrgenommen. In konkreten Fällen besteht ein direkter und guter Kontakt zu den Polizei- und Verfassungsschutzbehörden der Bodensee-Anrainerstaaten.

"In Bezug auf die Handvoll Vorarlberger Dschihadisten und mutmaßlichen Radikalisierungstendenzen ist es wichtig, dass von der Polizei und besonders vom Amt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung konsequente Arbeit geleistet wird, denn hier gibt es null Spielraum. Hass und Gewalt haben in Vorarlberg keinen Platz", betont Landesrat Schwärzler einmal mehr. Er begrüßt daher das Paket der Bundesregierung, das gegen Radikale in Österreich geschnürt wird: "Für Personen, die unseren Rechtsstaat nicht akzeptierten, muss es klare Konsequenzen und Strafen geben."

Integrationspolitik für ein friedvolles Zusammenleben

Gleichzeitig ist die Integrationspolitik des Landes bemüht, das friedvolle Zusammenleben zu fördern. Die gesetzten Maßnahmen und Aktivitäten werden insbesondere in der offenen Jugendarbeit verstärkt fortgeführt. Das vom Vorarlberger Landtag einstimmig beschlossene gemeinsame Integrationsleitbild ist Orientierung und Unterstützung für das Zusammenleben im Lande.

Die Plattform Prävention/De-Radikalisierung unter Leitung von Landesrätin Wiesflecker setzt auf vielfältige Vernetzung und hat ihre Zielgruppen wie folgt definiert:

- Betroffene, d.h. Jugendliche und junge Erwachsene
- Multiplikatoren: im Fokus stehen hier der psychosoziale Bereich, Lehrerinnen und Lehrer sowie die Exekutive
- Auch die Information und Sensibilisierung der Bevölkerung insgesamt ist wichtig. Dabei geht es um den Abbau von Pauschalverurteilungen und "Entängstigung".

Dementsprechend wurden in den drei Monate ihres Bestehens Unterarbeitsgruppen gebildet. Daraus haben sich folgende Maßnahmen ergeben:

- **Auftaktveranstaltung** mit einem Vortrag der Islamwissenschaftlerin Lamya Kaddor zum Thema "Radikalisierung Jugendlicher in den Salafismus – Was kann die Gesellschaft tun?" am Montag, 8. Juni 2015, 18.00 Uhr im Montfortsaal des Landhauses in Bregenz
- **Breite Information, um die bundesweite "Beratungsstelle Extremismus" in Vorarlberg besser bekannt zu machen**

Zu den Aufgaben dieser Stelle gehören eine Hotline (0800 20 20 44) und persönliche Beratung sowie Fortbildungsangebote für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus der Jugendarbeit, Schule sowie Beratungsstellen. Die Beratungshotline wurde bisher 434 mal in Anspruch genommen und es gab 40 Fort- und Weiterbildungen mit 793 Teilnehmenden zu den Themen Radikalisierung, Präventionsmaßnahmen, Umgang mit Jugendlichen, die mit extremistischen Ideologien sympathisieren, neosalafistische Bewegungen, Dschihadismus, politisch begründeter Extremismus,...).

In Vorarlberg gibt es innerhalb des IfS ein Expertenteam, wenn es um die Zusammenarbeit mit der Hotline bzw. konkrete Anfragen auch direkt zum Thema Radikalisierung junger Menschen geht.

- **Begleitende Sofortmaßnahmen für Prävention und Intervention: Projekttopf 25.000 Euro**

Dem gewaltorientierten Islamismus muss besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, aber die Interventions- und Präventionsmaßnahmen zielen darüber hinaus auf jede Form der Radikalisierung. Die offene Jugendarbeit in Vorarlberg verfügt über eine dezentrale, sozialräumlich verankerte Infrastruktur, die mehrere Funktionen ausüben kann (Kontaktraum, Jugendkultur, Freizeit, Beratung, mobile Jugendarbeit, ...). Der Dachverband für Offene Jugendarbeit, die koje – das Vorarlberger Koordinationsbüro für Offene Jugendarbeit und Entwicklung – wird mit einem zusätzlichen Projekttopf von 25.000 Euro betraut. Projekte können, nach Erfüllung gewisser Kriterien, dort angesucht werden, erläutert Landesrätin Wiesflecker: "Es geht uns um unbürokratische, rasche und niederschwellige Unterstützung." Angesprochen sind Einrichtungen der offenen Jugendarbeit, kommunale/regionale private und öffentliche Einrichtungen und Vereine für Jugendliche und junge Erwachsene, die Gefahr laufen, von gefährdeten, gewaltbejahenden islamistischen und anderen extremistischen Gruppen

radikalisiert zu werden. Die Zusammenarbeit mit Koje hat sich bewährt. Dort verfügt man über Erfahrung in der Abwicklung solcher Projekte. Über einen Projektpool zur Gewaltprävention wurden von 2007 bis 2014 insgesamt 81 Projekte und 26 Kurzinterventionen gefördert. Die offene Jugendarbeit Dornbirn führt 2015 eine Workshop-Reihe in Kooperation mit den Schulen der Stadt Dornbirn zur Gewalt- und Mobbingprävention durch, wofür die erforderlichen Mittel aus dem Sozialfonds aufgewendet werden. Darüber hinaus gibt es noch zahlreiche weitere Gewaltpräventionsprojekte verschiedenster Institutionen.

▪ **Grundlagenwissen verbessern**

Weiterbildungsangebote für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren werden in Form von Modulen entwickelt und durchgeführt und in bestehende Schulungsmaßnahmen der Zielgruppen integriert.

4 Module sind angedacht:

- Radikalisierungsprozesse von Jugendlichen (generelle Aspekte, psychologische und phänomenologische, soziologische Perspektiven)
- Ideologien, auf die sich gegenwärtige Radikalisierungsprozesse beziehen (Neo-Salafismus, Dschihadismus)
- Radikalisierungsprävention in der Praxis (Beratungs- und Kompetenzstrukturen in V., ...)
- Hintergrundwissen zur aktuellen Situation

Die nächsten Schritte:

Der Proaktive Ansatz in der Prävention wird weiter verfolgt, das heißt, dass die Maßnahmen sowohl in der **primären** (= universelle Prävention, z.B. Maßnahmen, die sich an die Gesamtbevölkerung richten – wie etwa generelle Gewaltpräventionsprogramme) als auch in der **sekundären** (=selektive Prävention, z.B. Maßnahmen für bestimmte Zielgruppen, die bereits Risikofaktoren aufweisen) Prävention liegen müssen.

Noch engere Vernetzung zwischen den Plattformen Prävention/Deradikalisierung und Sicherheit. Die Zusammenarbeit zwischen Exekutive und Professionell Tätigen im psychosozialen Bereich hat durch die Einrichtung dieser Plattformen gewonnen und der fachliche Austausch sowie die Teilnahme an gemeinsamen Veranstaltungen unterstützen den eingeschlagenen Weg.

Die Gefährdungsdimension von Jugendlichen und jungen Erwachsenen muss im Auge behalten werden. Es gilt klar zu erkennen, wo die Räume für solche Radikalisierungstendenzen entstehen. Ein strukturiertes Nachfragen bei den Jugendlichen ist empfehlenswert und kann nur gemeinsam stattfinden.

Mit der Sensibilisierung dieses Themas ist auch ein professionelles Zugehen auf neue Zielgruppen wichtig – mit aller Vorsicht und Achtsamkeit, ohne dass dadurch Stigmatisierungen

von vornherein passieren sollen. Konkrete Handlungsansätze gilt es gemeinsam weiter zu entwickeln – durch Unterstützung und Stärkung von Familien, durch Aufklärung junger Menschen und Dialoge (hier sind auch die Kommunen in ihrer Daseinsfürsorge und Willkommenskultur gefragt) sowie dadurch, dass Jugendlichen berufliche und selbstwertstärkende Perspektiven ermöglicht werden.